



Herr Franzen, Mitarbeiter FB Betrieb Kindergärten Kreis Aachen  
Herr Einmal, Leiter Allgemeiner Sozialer Dienst beim Amt für Kinder,  
Jugend und Familienberatung des Kreises Aachen

**e) von der ARGE Baesweiler:**

StAR Oehler, Jobcenterleiter für Alsdorf und Baesweiler

**f) von der Verwaltung**

Bürgermeister Dr. Linkens (bis TOP 4)  
Beigeordneter Brunner  
Verwaltungsfachwirt Eckers  
StOI Merschen als Schriftführerin  
Verw.-Ang. Wüllenweber als stellvertretende Schriftführerin

Die Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Soziales waren mit Einladung vom 27.03.2008 für Dienstag, den 08.04.2008, 18.00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgemacht.

**T a g e s o r d n u n g :**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 9. Oktober 2007
2. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin
3. Frühe Hilfen - Frühwarnsystem für junge Menschen und Familien -Referat-
4. Kindergartenplatz-Entwicklung nach dem Kinderbildungsgesetz (Kibiz) -Referat-
5. ARGE - Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitssuchender im Kreis Aachen -Sachstandsbericht-
6. Woche der Jugend 2008 mit 10-jährigem Jubiläum - Planung
7. Woche der Senioren 2008 - Planung
8. Familienspielefest 2007 - Rückblick
9. Integrationsmaßnahmen für Bürger mit Migrationshintergrund;  
hier: Antrag des CDU-Ortsverbandes Setterich vom 26.11.2007
10. Mitteilungen der Verwaltung
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern

**B) Nichtöffentliche Sitzung**

12. Hausaufgabenhilfe und Deutschförderung durch den NachbarschaftsTreff Setterich;  
hier: Antrag vom 10.12.2007 auf städtische Zuschussgewährung
13. Schüler-Job-Börse;  
hier: Finanzierung
14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend und Soziales, Herr Norbert Dederichs, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, die Presse und die erschienenen Besucherinnen und Besucher.

**A) Öffentliche Sitzung**

**1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 09.10.2007**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Niederschrift über die Sitzung der Ausschusses für Jugend und Soziales vom 09.10.2007 einstimmig zu Kenntnis.

**2. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales bestellte Frau Stadtangestellte Jennifer Wüllenweber einstimmig zur stellvertretenden Schriftführerin.

**3. Frühe Hilfen - Frühwarnsystem für junge Menschen und Familien - Referat-**

Der Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familienberatung des Kreises Aachen, Herr Adolf Mainz, bedankte sich für die Einladung und die Möglichkeit, dem Ausschuss für Jugend und Soziales der Stadt Baesweiler das entwickelte Frühwarnsystem erläutern zu können.

Ziel der frühen Hilfen bzw. des Frühwarnsystems sei es, so Mainz, Netzwerke mit allen, die eine Aufgabe im Bereich der Kinder- und Familienarbeit haben, zu schaffen und somit Eltern zu unterstützen.

Bereits in der Presse sei in der Vergangenheit zu lesen gewesen, dass zwischen dem Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung des Kreises Aachen und der ARGE im Kreis Aachen eine Vereinbarung zu einer besseren Zusammenarbeit geschlossen wurde. Dies sei notwendig gewesen, da z.B. Sanktionen der Hilfeempfänger in der Regel auch deren Kinder mittelbar oder unmittelbar betreffen. Herr Mainz erläuterte, dass bereits erste Projekte in den 90er Jahren angestrengt wurden mit dem Ziel, dass der Jugendhilfeträger rechtzeitig durch die Verknüpfung von verschiedenen Stellen erfahren sollte, wenn eine Kindeswohlgefährdung im Raume stand. Es ging vor allem vor dem Hintergrund der Einsparung von Heimkosten und der Forcierung ambulanter Maßnahmen um den Schwerpunkt des rechtzeitigen Tätigwerdens. Leider habe man in der Vergangenheit auch von einigen Fällen erfahren müssen, in denen es zu krassen Fällen der Kindeswohlgefährdung bis hin zur Kindstötung gekommen sei. Daher hat sich der Kreis Aachen zum Ziel gesetzt, mit der Hilfeinitiierung bereits vor der Geburt zu beginnen und kontinuierlich die ersten Lebensjahre zu begleiten. Herr Mainz machte noch einmal darauf aufmerksam, dass sich der weit überwiegende Anteil der Kinder und Jugendlichen ganz normal und positiv entwickle, es aber leider einige wenige Fälle gebe, die die Einführung eines solchen Frühwarnsystemes rechtfertigten. Herr Mainz wies auf eine empirische Erhebung hin, wonach insgesamt 20 % aller Kinder und Jugendlichen irgendwann in ihrem Leben einmal auf staatliche Unterstützung oder die Unterstützung freier Träger angewiesen seien, um wieder "auf die richtige Bahn" zu gelangen.

Der Vorsitzende erteilte Herrn Rolf Einmal, Leiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Amtes für Kinder, Jugend und Familienberatung des Kreises Aachen, das Wort. Dieser stellte das Konzept des Frühwarnsystemes ausführlich vor. Wie von den Ausschussmitgliedern gewünscht, ist der Vortrag des Herrn Einmal dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Einmal wies in seinem Vortrag eingangs auf die durch den Kreis Aachen erstellte Infobroschüre für Ehrenamtler in der Jugendhilfe hin. In dieser Broschüre erhielten Ehrenamtler Informationen zum richtigen Handeln zum Schutz eines jeden Kindes. Auch verschiedene Arten der Kindesmisshandlung und der äußeren Erscheinung von Kindeswohlgefährdung werden in der Broschüre erläutert und Hilfestellungen sowie Ansprechpartner genannt. Herr Einmal erläuterte verschiedene Risikokriterien, die für eine Kindeswohlgefährdung gegebenenfalls maßgeblich seien. Er erläuterte die verschiedenen Vernetzungen des Amtes für Kinder, Jugend und Familienberatung und verschiedene Kooperationspartner.

Der kreisweite Handlungsansatz umfasse in weiten Teilen auch das Kreisgesundheitsamt (A 53). Im Rahmen des Frühwarnsystems hätten alle Krankenhäuser Leitbögen erhalten, die das Personal in die Lage versetzen sollen, "Risikomütter" zu erkennen. Des Weiteren erfolge auf einem Fragebogen die Einschätzung der Mutter-Kind-Situation. Durch eine Punktwertanalyse könne im Ergebnis nach Ausfüllen der Leitbögen eine Einschätzung getroffen werden, inwieweit das jeweilige Kind gefährdet sei. Ein besonderer Fokus wird auf die Hebammen der jeweiligen Mütter gelegt. Diese übernehmen nicht nur die Versorgung vor der Geburt, sondern seien auch für die Nachsorge zuständig, die leider nicht von allen Mütter angenommen werde, die aber wünschenswert wäre. Vor allem Hebammen seien durch den engen Kontakt mit der Mutter in der Lage, im persönlichen Gespräch herauszufinden, welche Hilfe die einzelne Mutter brauche. Zur Zeit sei man noch dabei, ein verlässliches Rückmeldesystems der sogenannten "Screening-Bögen" zu organisieren. Zu prüfen bliebe, ob die Leitbögen der Krankenhäuser an das Jugendamt oder das Gesundheitsamt oder eine andere zentrale Stelle gesandt werden. Diese Entscheidung werde in den nächsten Wochen getroffen. Bereits im Januar 2008 wurde das Konzept des Frühwarnsystems bei einer Auftaktveranstaltung in Baesweiler allen Interessierten vorgestellt. Darüber hinaus hatten alle Anwesenden die Möglichkeit, nach diesem Gespräch Angebote mitzuteilen, die durch die jeweiligen Träger bereits vorgehalten werden bzw. was die einzelnen Träger möglicherweise zum Frühwarnsystem beitragen können. Auch habe sich das Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung die Fortbildung von Hebammen zur Aufgabe gemacht. Herr Einmal erläuterte das beabsichtigte Besuchssystem, welches voraussichtlich ab Sommer durchgeführt werden soll. Danach sollten alle Neugeborenen bzw. alle zuziehenden Kinder zwischen 0 und 3 Jahren durch einen Mitarbeiter des Jugendamtes besucht werden, wobei sie ein Baby-Begrüßungspaket erhielten. Er wies darauf hin, dass der Mitarbeiter des Jugendamtes den Besuch gerade nicht durchführe, um einzelne Familien auszuspionieren, sondern vielmehr um die Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen, dass eine Familie sich für Kinder entscheidet. Außerdem solle bei dieser Gelegenheit das Jugendamt mit seinen vielen Aufgabenbereichen den Eltern näher gebracht werden. In jedem Fall solle das Jugendamt bei diesen Besuchen nicht als Kontrollinstanz auftreten.

Herr Einmal stellte den Mitgliedern des Ausschusses für Jugend und Soziales das Begrüßungspaket genauer vor. Dieses bestehe aus einem individuell gestalteten Karton, der Info-Material, Familienwegweiser, diverse Antragsformulare (z.B. Elterngeld, Kindergeld) enthalte. Diese Informationsmaterialien seien zum Teil mehrsprachig, damit auch Eltern mit Migrationshintergrund die Möglichkeit hätten, die wichtigen Informationen aufzunehmen.

Darüber hinaus werde jeder Kiste ein Spielzeug für das jeweilige Kind beigelegt sowie eine Zahnbürste, die noch einmal auf die Wichtigkeit der Kleinkindhygiene hinweisen soll.

Ausschussmitglied Bockmühl dankte im Namen der SPD-Fraktion für den interessanten Vortrag und informierte sich über die Umsetzung des recht zeitaufwendigen Projektes.

Herr Mainz bestätigte, dass durch den hohen Zeitaufwand dieses Projekt nicht personalneutral durchgeführt werden könne. Bei ca. 230 bis 250 Geburten allein im Stadtgebiet Baesweiler pro Jahr werde die Aufgabe mit einer zusätzlichen Personalstelle durch eine Fachkraft für den Südkreis und die Stadt Baesweiler durchgeführt werden.

Auch Ausschussmitglied Scheen dankte im Namen der CDU-Fraktion für die Vorstellung des Konzeptes "Frühe Hilfen".

Ausschussmitglied Beckers sprach ebenfalls seinen Dank aus. Er griff noch einmal die Äußerung des Herrn Mainz auf, dass der überwiegende Teil der Kinder und Jugendlichen völlig normal aufwachse. Er bat darum, auch mit dieser Wertschätzung die Besuche durchzuführen und diese Einstellung bei den Besuchen auch ganz klar zum Ausdruck zu bringen. Er bat um einen weiteren Erfahrungsaustausch und die Vorlage eines Erfahrungsberichtes in ca. 1 bis 2 Jahren.

Frau Greier fragte an, inwieweit die erläuterten Screening-Bögen in den Krankenhäusern bei Weitergabe an eine andere Stelle mit dem Datenschutz vereinbar sei. Diesbezüglich gäbe es gerade in ihrem Aufgabenbereich oft Probleme und Bedenken von Datenschützern.

Herr Einmal erläuterte daraufhin, dass das Thema Datenschutz zur Zeit eingehend geprüft werde. Zur Datenaufnahme, Verarbeitung, Lagerung und Vernichtung werde zur Zeit noch ein konkretes Konzept entwickelt.

Herr Mainz legte an dieser Stelle noch einmal Wert darauf, dass bei der Abwägung der verschiedenen Güter im Zweifelsfalle der Datenschutz hinter dem Kindeswohl zurückzutreten habe.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zur Installation eines Frühwarnsystems zum Wohle des Kindes zur Kenntnis und dankte dem Kreisjugendamt Aachen für die rasche Umsetzung in den Jugendamtskommunen.

4. **Kindergartenplatz-Entwicklung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz)  
-Referat-**

Herr Mainz führte mit einigen Worten in das Thema ein und fasste zusammen, dass nach jahrelangen kontroversen Diskussionen die Richtung des Kreises Aachen sehr klar formuliert worden sei, nämlich das Kinderbildungsgesetz nach den gesetzlichen Vorgaben umzusetzen. Gerade das System des Buchungsverfahrens habe auch viele positive Aspekte aufgezeigt.

Die Mitarbeiterin des Kreisjugendamtes, Frau Erler, wies ebenfalls noch einmal darauf hin, dass im Vorfeld zur Umsetzung des KiBiz viele Unsicherheiten geherrscht hätten. Die Einführung des KiBiz habe die gesellschaftliche Bedeutung der Einrichtungen gestärkt. Kindertagesstätten böten verlässliche Betreuung, um Chancengleichheit für alle Kinder zu schaffen. Auch die Sprachstandserhebungen im zweiten Lebensjahr trugen dazu bei. Da sich das Generationenverhältnis im Umbruch befinde, bestehe die besondere Aufgabe der Kindertagesstätten darin, die Eltern zu unterstützen und zu entlasten. Durch die ortsnahe Versorgung der Kindertagesstätten werde sozialer Isolation vorgebeugt. Der Allgemeine Soziale Dienst könne immer mehr auf Ganztagsangebote der Kindertagesstätten mit dem Ziel der Vermeidung der Kindeswohlgefährdung zurückgreifen. Inhaltlich hätten sich die Betreuerinnen auf das KiBiz bereits eingestellt. Sie wies jedoch noch einmal darauf hin, dass das KiBiz enorme personelle und finanzielle Ressourcen fordere.

Herr Franzen stellte in einer Präsentation die Auswirkungen des KiBiz genauer vor. Auf Wunsch der Ausschussmitglieder wurde die Präsentation des Herrn Franzen dieser Niederschrift beigelegt. Herr Franzen erläuterte die Vorgehensweise bei der Einführung des KiBiz. Danach wurden alle Eltern angeschrieben, damit diese ihren Betreuungsbedarf im voraus anmelden. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Baesweiler wieder erfüllt werde und die Nachfragequote bei 91,44 % läge.

Entgegen erster Einschätzungen des Kreises und der Planungsgrundlage des Landes NRW hätten erheblich mehr Eltern das 35-Stunden-Modell gewählt (7,1 %). Auf die anderen Betreuungsformen (25 Stunden bzw. 45 Stunden) entfielen hingegen 11 % bzw. 18 % nach dem Ergebnis des Anmelde- und Buchungsverfahren.

Franzen erläuterte im Weiteren die geplanten Gruppenumwandlungen im Bereich der U-3-Betreuung. Grund dafür seien die vom Bund vorgelegten Einschätzungen, dass bei unter 3-jährigen Kindern ein Betreuungsbedarf von 33 % gegeben sei. Bei Berücksichtigung dieser Zahlen könnten im Stadtgebiet Baesweiler auf Grund der derzeit bestehenden Struktur 80 Kinder nicht aufgenommen werden (Kindergartenjahr 2008/2009).

Um die Versorgungsquote bei den unter 3-Jährigen zu sichern, werde zur Zeit der Um- bzw. Ausbau in verschiedenen Einrichtungen zum Teil auch in Zusammenarbeit mit der Stadt Baesweiler geprüft.

Zum Schluss seiner Erläuterungen stellte Franzen die Bedarfskriterien für die U3-Betreuung dar. Diese seien das Kindeswohl, der Bedarf der Eltern auf Grund von Erwerbstätigkeit, Ausbildung oder Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit sowie das Vorhandensein von Geschwisterkindern und das Alter der Kinder.

Herr Mainz fasste den finanziellen Mehraufwand noch einmal mit einigen Zahlen zusammen. Er wies darauf hin, dass auf Baesweiler im Jahr 2008 eine finanzielle Mehrbelastung von 800.000,00 € zukäme.

Bürgermeister Dr. Linkens sprach Herrn Mainz und dessen Mitarbeitern im Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung seinen Dank aus. Das KiBiz stelle die Stadt sicher vor finanzielle Herausforderungen, aber nach Abstimmung mit allen Jugendamtskommunen habe man sich dennoch dazu entschlossen, die Elternbeiträge nicht zu erhöhen. Er machte deutlich, dass ein enger Austausch zwischen dem Jugendamt, dem Hochbauamt und den einzelnen Trägern gepflegt werde, sodass nach Möglichkeiten gesucht werde, die Gebäude, die sich im Eigentum der Stadt Baesweiler befinden, gegebenenfalls nach Notwendigkeits Gesichtspunkten auszubauen oder anzubauen. Wichtig sei seiner Meinung nach, dass bereits jetzt in die Planung eingestiegen werde, jedoch erst die Umsetzungsrichtlinien zu Fördermaßnahmen seitens der Landesregierung abzuwarten seien. Baumaßnahmen ließen sich nur mit Fördermitteln realisieren.

Der Vorsitzende, Herr Dederichs, dankte den Mitarbeitern des Kreises für deren Besuch und die Erläuterungen zum Kinderbildungsgesetz.

Die Fraktionen schlossen sich diesem Dank an.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung, die weitere Entwicklung zeitnah in

Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendamt Aachen zu begleiten.

5. **ARGE - Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitssuchender im Kreis Aachen -Sachstandsbericht-**

Neben der sehr ausführlichen Sitzungsvorlage, die sämtliche Zahlen und Fakten rund um die ARGE beinhaltet, machte Herr Oehler insbesondere auf die guten Arbeitsergebnisse der ARGE Baesweiler aufmerksam. Die Zielvorgaben im Bereich der Integrationen seien in Baesweiler voll erreicht worden. Insgesamt konnte für das Jahr 2007 ein positives Ergebnis vorgelegt werden. Auch die interne Revision der Bundesagentur bescheinige der ARGE Baesweiler Spitzenenergebnisse im Bereich der Leistungsgewährung. Hier sei ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis erzielt worden. Erst am Tage der Sitzung seien die Prüffakten von der internen Revision zurückgekommen und bei sämtlich vorgelegten Akten habe sich nur in einem einzigen Fall ein Prüfungsvermerk ergeben.

Ausschussmitglied Bockmühl dankte für die Ausführungen; sie bat darum, bei der zahlenmäßigen Auswertung eine Aufschlüsselung nach weiteren Altersklassen vorzunehmen. Eine solche Aufschlüsselung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Des Weiteren machte sie darauf aufmerksam, dass mittlerweile viele Personen, obwohl sie eine Erwerbstätigkeit ausübten, dennoch nicht genug Einkommen erzielten, sodass sie mit der Familie von diesem Einkommen den Lebensunterhalt nicht bestreiten könnten. Sie bat um Vorlage von Zahlen, in wieviel Fällen eine solche Fallkonstellation gegeben sei, bei der aufstockend zum Erwerbseinkommen Arbeitslosengeld II gezahlt werden müsse. Herr Oehler sagte zu, alle Anstrengungen zu unternehmen, um diese Zahlen zu ermitteln. Er machte jedoch deutlich, dass die Auswertung nach diesen Gesichtspunkten nicht einfach sei und eine Auswertung daher möglicherweise nur für den gesamten Bereich der ARGE Alsdorf/Baesweiler möglich sei.

Ausschussmitglied Scheen lobte die Arbeit der ARGE und wünschte für die zukünftige Arbeit viel Erfolg.

Auch Ausschussmitglied Beckers lobte die gute Arbeit der ARGE. Vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, dass die ARGEN eine grundsätzlich verfassungswidrige Organisation darstellen und die Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinden verletze, beantragte er, den Beschlussvorschlag zu erweitern. Die Erweiterung betrifft die Unterstützung der Resolution der Bürgermeister im Kreis Aachen bezüglich einer einheitlichen Aufgabenwahrnehmung.

Sodann wurde vom Ausschuss folgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm den Sachstandsbericht der ARGE Baesweiler zur Arbeitslosensituation in der Stadt Baesweiler einstimmig zur Kenntnis und unterstützte die von den Bürgermeistern im Kreis Aachen forcierte Resolution zum Modell der einheitlichen Aufgabenwahrnehmung im SGB II, wobei auch Modelle ins Auge gefasst werden sollten, die in Verbindung mit zwingend erforderlichen Rechtsänderungen und eindeutig gekläarter Finanzierungssicherheit eine kommunale Trägerschaft ermöglichen.

**6. Woche der Jugend 2008 mit 10-jährigem Jubiläum - Planung**

Herr Beigeordneter Brunner erläuterte zu diesem Tagesordnungspunkt den derzeitigen Planungsstand, wonach vielfältige Veranstaltungen im Rahmen der 10. Woche der Jugend für alle Kinder und Jugendlichen der Stadt angeboten werden. Auf besondere Höhepunkte, wie den Lach-Möwen-Löwen-Tag und den Schülerband-Wettbewerb machte er noch einmal gesondert aufmerksam.

Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Brunner erläuterte die Jugendbeauftragte Kathrin Merschen, dass derzeit alle Angebote gesichtet würden und ein konkretes Programm erstellt werde. Dieses Programm werde in der 17. Kalenderwoche fertiggestellt und an sämtliche Schulen, Kindergärten und andere Einrichtungen sowie die Presse weitergeleitet.

Ausschussmitglied Scheen lobte die Arbeit im Bereich "Jugend" und sprach seinen Dank dafür aus, dass auch der CarlAlexanderPark im Rahmen der Woche der Jugend als Veranstaltungsort eingebunden wurde.

Ausschussmitglied Beckers lobte das Programm hinsichtlich der vielseitigen Angebote gerade für ältere Jugendliche. Dies sei ein Punkt gewesen, der in der Vergangenheit durch den Ausschuss zeitweilig kritisiert wurde. Dass diese Kritik nun positiv umgesetzt wurde, sei sehr erfreulich.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zum derzeitigen Planungsstand der Woche der Jugend 2008 zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung und Realisierung der 10. Woche der Jugend 2008 in Baesweiler.

**7. Woche der Senioren 2008 - Planung**

Herr Beigeordneter Brunner ging auf die einzelnen Programmangebote zu diesem Tagesordnungspunkt vertiefend ein und machte deutlich, dass es sich derzeit um eine reine Vorplanung handele. Das ausführliche und konkrete Programm werde durch den zuständigen Seniorenbeauftragten, Herrn Franken, erstellt und dann wie üblich veröffentlicht. Er wies insbesondere auf die neu aufgenommene Fragebogenaktion im Rahmen der Woche der Senioren hin, wobei allen Seniorinnen und Senioren innerhalb der Seniorenwoche die Möglichkeit eröffnet werden sollte, sich einerseits zu den vorhandenen Angeboten zu äußern und/oder andererseits Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Bei dieser Gelegenheit solle insbesondere auch eine Befragung zu der Interessenslage der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger stattfinden. Herr Brunner machte deutlich, dass es sich bei dieser Aktion um eine gute Gelegenheit handele, zukunftsfähige Angebote im Bereich der Seniorenarbeit zu initiieren bzw. weiterhin zu fördern.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung mit der weiteren Planung und Durchführung der 8. Woche der Senioren in Baesweiler.

**8. Familienspielefest 2007 - Rückblick**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erläuterte die Jugendbeauftragte kurz die Sitzungsvorlage. Insgesamt sei das Familienspielefest stets erfolgreich. Bei steigenden Besucherzahlen werde man auch zukünftig am bewährten Konzept festhalten, nämlich nicht zu viel Programm anzubieten, sondern den Besucherinnen und Besuchern Gelegenheit zu geben, in ungezwungener Umgebung die zahlreichen zur Verfügung stehenden Gesellschaftsspiele gemeinsam und eingehend auszuprobieren.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zum Nachbericht des Familienspielefestes 2007 einstimmig zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung mit der Durchführung eines Familienspielefestes im Jahre 2008 in gewohnter Form.

9. **Integrationsmaßnahmen für Bürger mit Migrationshintergrund;**  
**hier: Antrag des CDU-Ortsverbandes Setterich vom 26.11.2007**

Herr Scheen erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2007. Ziel dieses Antrages sei, einen Integrationsplan durch ein externes Institut aufstellen zu lassen, um mehr Erkenntnisse über Strukturen und die Nachhaltigkeit bisher ergriffener Maßnahmen zu erlangen. Gleichzeitig solle zu diesem Thema "Öffentlichkeit" hergestellt werden. Er bat um fraktionsübergreifende Unterstützung des Antrages der CDU-Fraktion.

Ausschussmitglied Bockmühl machte darauf aufmerksam, dass auch die SPD-Fraktion gerne bereit sei, eine gute Sache im Bereich der Integration zu unterstützen. Sie fragte an, welche Folgen es haben würde, wenn es keine Fördermittel für dieses Projekt geben würde.

Beigeordneter Brunner machte hierzu deutlich, dass derzeit noch nicht absehbar sei, ob und wenn ja in welcher Höhe tatsächlich Fördermittel gezahlt werden könnten. Vorsichtshalber sei der Antrag auf Fördermittel bereits gestellt worden, um die Antragsfristen nicht verstreichen zu lassen und eine frühstmögliche Förderung sicherzustellen. Für den Fall, dass tatsächlich keine Fördermittel fließen werden, müsste über das Projekt noch einmal gesondert beschlossen werden.

Nach Anfragen stellte Herr Brunner noch einmal deutlich heraus, dass lediglich der Antrag auf finanzielle Fördermittel im Rahmen des Programmes "KOMM-IN NRW - Innovation in der kommunalen Integration" gestellt worden sei. Für den Fall, dass der Ausschuss für Jugend und Soziales dem Beschlussvorschlag nicht folgen würde, könne dieser Antrag auf Fördermittel einfach zurückgezogen werden. Durch den Antrag auf Fördermittel sei allerdings in keiner Weise der Beschlussvorschlag vorweggenommen worden.

Ausschussmitglied Beckers stellte fest, dass das ins Auge gefasste Imap-Institut offensichtlich für die geplante Untersuchung erstklassig geeignet sei. Das Institut sei auch international tätig und erstelle auch Konzepte international handelnder Unternehmen. In diesem Zusammenhang machte Beckers darauf aufmerksam, dass der Ausländerbeirat sich zur Zeit für das kommunale Wahlrecht für Ausländer stark mache. Er bat die anderen Fraktionen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales stimmte der dargestellten Vorgehensweise zu und beauftragte die Verwaltung, die erforderlichen Maßnahmen zur Bereitstellung von Fördermitteln zu veranlassen. Für den Fall der Bewilligung sollte sich das Imap-Büro im Fachausschuss vorstellen, um alsdann einen Beschluss über die Beauftragung zu fassen.

**10. Mitteilungen der Verwaltung**

Mitteilungen lagen nicht vor.

**11. Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende schloss um 19.30 Uhr die öffentliche Sitzung und verabschiedete die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse.